

Pressegespräch am 10. Juni 2025
zur Gesundheitsministerkonferenz 2025
Statement
von Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats e.V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Pflege ist unverzichtbar in unserer Gesellschaft
Pflegeprofession Handlungskompetenz geben und Ressourcen ausschöpfen

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist ein starkes und ermutigendes Signal für die Pflegeprofession, was Bundesgesundheitsministerin Nina Warken in ihrer ersten Rede als Ministerin im Deutschen Bundestag gesagt hat:

Beruflich Pflegende „sind unser größter Pluspunkt. Wir müssen sie noch mehr in den Blick nehmen. Sie sind hochqualifiziert, hochmotiviert. Ich bin davon überzeugt, wir werden so viel mehr erreichen, wenn wir den Beschäftigten in den Gesundheitsberufen mehr zuhören. Wir wollen daher“, so die Ministerin weiter“, „nicht nur die Vertrauenskultur stärken, sondern ebenso die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Gesundheitsberufe. Hier liegt das größte Potenzial.“

Sie hat damit deutlich gemacht, dass es darum geht, die Kompetenzen der Pflege umfassend zu nutzen, Handlungsspielräume zu erweitern und die Profession aktiv einzubinden. „Wir können es uns schlichtweg nicht leisten, viele Kompetenzen in der Pflege ungenutzt zu lassen. Den Dialog mit allen Beteiligten werde ich suchen und pflegen“, sagt die Ministerin.

Diese Haltung ist richtig und wichtig. Sie knüpft an viele Forderungen der Pflegeprofession an und bietet eine echte Chance für einen gemeinsamen Aufbruch.

Pflegepolitik gemeinsam gestalten: Verantwortung übernehmen und Handlungsspielräume schaffen

Die Versorgungslage spitzt sich zu:

- Pflegedienste müssen Leistungen, Patienten, Pflegebedürftige ablehnen
- Pflegeheime können keine Bewohner:innen mehr aufnehmen
- Beruflich Pflegende verlassen frustriert den Beruf
- An- und Zugehörige übernehmen immer mehr – bislang unbezahlte – Pflegearbeit.

Wenn wir gemeinsam entschlossen handeln, können wir drohende Engpässe noch abwenden und Strukturen schaffen, die dauerhaft tragen. Und damit auch unsere Gesellschaft sichern.

Der Koalitionsvertrag greift zentrale Reformvorhaben auf. Es braucht Umsetzung, gemeinsam mit den Ländern

Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Koalitionsvertrag drei zentrale Reformen vorsieht:

- das **Pflegekompetenzgesetz**
- das **Pflegeassistenzgesetz**
- sowie die **Einführung der Advanced Practice Nurse.**

Diese drei Gesetzesinitiativen, für die es bereits aufzugreifende Vorarbeiten gibt, müssen aus unserer Sicht noch 2025 im parlamentarischen Verfahren verabschiedet werden. Sie bieten die große Chance, die Handlungskompetenz der Pflegeprofession zu stärken und vorhandene Ressourcen im System besser zu nutzen. Dabei geht es um die Entlastung der

Teams, um qualitätsgesicherte Versorgung und um den gezielten Einsatz von Fachkompetenz.

Doch diese Gesetze entfalten ihre Wirkung nur, wenn auch die Länder konsequent mitwirken: bei der Umsetzung in der Bildung, der Finanzierung, der Etablierung neuer Versorgungsmodelle und bei der Anerkennung neuer Berufsbilder.

Die Rolle der Länder: Mitgestalten

Pflege ist mit Ausnahme der Generalistischen Pflegeausbildung föderal organisiert, in der Bildung, bei Anerkennungen, bei Kammerstrukturen. In der Schulfinanzierung, wenn hierbei auch mit enormen Unterschieden. Diese Zuständigkeiten sind eine Chance, wenn sie genutzt werden, um gemeinsam voranzugehen.

Deshalb ist die **Gesundheitsministerkonferenz 2025** ein wichtiger Moment für ein gemeinsames Bekenntnis zur Stärkung der Pflegeprofession und für echte Mitgestaltungsmöglichkeiten für diese.

Die im Koalitionsvertrag angekündigte **Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Pflegereform** ist ein geeignetes Instrument, um Lösungen gemeinsam zu erarbeiten. **Wichtig ist, dass die Pflegeprofession darin strukturell eingebunden wird.** Der Deutsche Pflegerat steht bereit, diesen Reformprozess konstruktiv und kompetent zu begleiten.

Bürokratieabbau: Pflege entlasten, nicht kontrollieren

Ein Gesundheitssystem, das sich in seinen eigenen Vorschriften verliert, verschleißt seine Fachkräfte. Dass im Koalitionsvertrag ein **Bürokratieentlastungsgesetz** angekündigt ist, ist ein wichtiger Schritt und muss auch auf Landesebene aktiv unterstützt werden.

Pflege braucht Vertrauen, digitale Unterstützung und praxisnahe Prozesse. Wir begrüßen daher:

- die Einführung einer **Vertrauenskultur**,
- die Stärkung der **Eigenverantwortlichkeit und Eigenständigkeit** der Professionen,
- den **Praxis-Check** für alle Gesetze im Gesundheitswesen,
- die **Überprüfung von Datenschutz- und Berichtspflichten im SGB XI**,
- die **Abschaffung pandemiebedingter Dokumentationspflichten**,
- den **Einsatz von KI zur Pflegedokumentation**,
- sowie das Ziel eines **einfacheren, digitalen Berichtswesens** und
- die **Verpflichtung der Krankenkassen**, einheitliche Vertrags- und Verwaltungsprozesse zu entwickeln.

All diese Schritte sind richtig. Sie müssen jetzt zügig und mit Beteiligung der Pflege umgesetzt werden. Im Übrigen auch für den SGB V-Bereich.

Neun Punkte des Deutschen Pflegerats für eine zukunftssichere Pflege

1. Pflegekompetenzgesetz und Pflegeassistenzgesetz einführen

mit echter Heilkundeübertragung, klarer Verantwortungsverteilung, selbstständiger Berufsausübung und Rechtssicherheit für die Profession und einer Einheitlichkeit auf Bundesebene

2. Einheitliche Bildungsstandards etablieren

auf Basis der BAPID II-Studie des Deutschen Pflegerats: mit modernen Rollenprofilen, klaren Berufsbildern, definierten Qualifikationen und einem strukturierten Kompetenzmix

3. Verbindliche Personalbemessung umsetzen

refinanziert und verbindlich in allen Pflegebereichen verankert, orientiert am tatsächlichen Versorgungsbedarf

4. Public Health und Prävention stärken

präventive und gemeindenahere Versorgungsmodelle fördern, die Pflegeprofession vor Ort bei der Prävention mitnehmen, Schulgesundheitspflege bereits in der Grundschule etablieren

5. Neue Berufsbilder etablieren

Community Health Nurses und Advanced Practice Nurses einführen

6. Arbeitsbedingungen verbessern

Bürokratie abbauen, Handlungsspielräume schaffen, Zeit für echte Pflege ermöglichen, Qualifikationsmix fördern und die Pflegeprofession entlasten und wertschätzen

7. Pflege in die Selbstverwaltung aufnehmen

Pflegeprofession vollumfänglich in die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens aufnehmen, ihre Vertretung auf Bundesebene mit dem Deutschen Pflegerat und den bestehenden Landespflegekammern eindeutig regeln und mit den notwendigen Ressourcen ausstatten

8. Digitalisierung mit der Pflege gestalten

flächendeckende digitale Infrastruktur und funktionierende Schnittstellen schaffen, Finanzierung sicherstellen, Digitalisierung erlebbar und anwendbar machen

9. Grundrecht auf Pflege verankern

Versorgungssicherheit darf kein Zufall sein, sondern muss Verfassungsrang haben

Pflege hat Lösungen. Politik kann diese jetzt wirksam machen

Mit dem **Projekt BAPID II** hat der Deutsche Pflegerat einen konkreten Referenzrahmen für eine bundesweite Bildungsarchitektur vorgelegt. Dieser macht deutlich, wie Pflegebildung im 21. Jahrhundert bundesweit einheitlich gestaltet werden kann, anschlussfähig an internationale Standards ist und für Entlastung in den Teams sorgt:

- **mit modernen, differenzierten Rollenprofile**, die zeigen, was Pflegefachpersonen in allen Versorgungssettings leisten

- **mit Berufsbilder und klaren Qualifikationszuordnungen**, die Transparenz, Durchlässigkeit und Entwicklungsperspektiven ermöglichen.

Profession braucht auf der Bundesebene eine Stimme

Im Unterschied zu anderen Gesundheitsberufen fehlt der Pflegeprofession auf Bundesebene bislang **eine gesetzlich fest verankerte, institutionelle Stimme**. Das bremst die Profession, aber auch die Weiterentwicklung der Versorgung. Die Pflegeprofession muss ihre Existenz und ihre Anliegen immer wieder neu begründen.

Das ist ein Strukturproblem in unserem Gesundheitswesen mit enormen Folgen.

Wo Pflege fehlt, spüren wir es sofort, im persönlichen und in den Kosten, bei unseren Arbeitsplätzen und im gesamten Sozialsystem, in unserer Gesellschaft. All dies kann zu einer Gefahr für unsere Demokratie werden.

Deshalb fordert der Deutsche Pflegerat, dass die Pflegeprofession im Bund und in jedem einzelnen Bundesland strukturell eingebunden wird. Der Deutsche Pflegerat ist bereit, **Verantwortung auf der Bundesebene** für die Pflegeprofession zu übernehmen: in Gremien, bei Gesetzesvorhaben, in der Selbstverwaltung.

Dafür braucht es eine dauerhafte strukturelle und finanzielle Förderung über das Jahr 2025 hinaus. Denn dann endet die bisherige finanzielle Förderung des Deutschen Bundestages für den Deutschen Pflegerat.

Unsere Bitte an die GMK 2025:

- **Binden Sie die Pflegeprofession** strukturell in die geplante Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Pflege ein
- **Nutzen Sie BAPID II** als bundesweiten Bildungsreferenzrahmen, auch zur Entlastung der Pflegeprofession
- **Stärken Sie Pflegekammern** dort, wo sie bestehen oder entstehen
- **Unterstützen Sie die Verstetigung der finanziellen Förderung** des Deutschen Pflegerats durch den Deutschen Bundestag über das Jahr 2025 hinaus.

Pflege ist kein Randthema. Sie ist das Rückgrat unserer Gesellschaft und Lebensgarantie.

Der Deutsche Pflegerat steht bereit, gemeinsam mit Bund und Ländern Verantwortung zu übernehmen. Für eine starke, moderne und verlässliche Pflege.

Vielen Dank.

Berlin, 10. Juni 2025

Deutscher Pflegerat e.V.

Alt-Moabit 91

10559 Berlin

Tel.: +49 30 - 398 77 – 303

www.deutscher-pflegerat.de

info@deutscher-pflegerat.de